

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Protschka, Berengar Elsner von Gronow, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20492 –**

Ernährungspolitische Bericht und Ernährungsreport 2020

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 20. Mai 2020 wurde der zweite ernährungspolitische Bericht „Gesunde Ernährung, sichere Produkte – Bericht der Bundesregierung zur Ernährungspolitik, Lebensmittel- und Produktsicherheit“ von der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner im Rahmen des Bundeskabinetts vorgestellt und anschließend veröffentlicht (<https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungspolit-bericht2020.html>). Der zweite ernährungspolitische Bericht der Bundesregierung dokumentiert für den Zeitraum von 2016 bis 2020 Grundlagen, Ziele und Methodik der Politik der Bundesregierung im Bereich der Ernährung und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/ernaehrungspolitische-r-bericht-1754182>). Im selben Monat wurden die Ernährungsgewohnheiten in Deutschland mit dem Ernährungsreport 2020 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), der als eine Art Verbraucherbarometer wichtige Impulse für die politische Arbeit aufzeigen soll, veröffentlicht (vgl. <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsreport2020.html>, <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungspolit-bericht2020.html>). Grundlage dieses Reports ist eine repräsentative Befragung des Meinungsforschungsinstituts forsa unter rund 1.000 Bürgern (vgl. <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsreport2020.html>).

1. Wie hoch waren die Ausgaben für den zweiten ernährungspolitischen Bericht (vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/ernaehrungspolitische-bericht-1754182>)?

Die Ausgaben für den Ernährungspolitischen Bericht der Bundesregierung 2020 betragen für die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) beauftragte Agentur 5.442,23 Euro (einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer).

2. Wie hoch waren die Ausgaben für die Werbemaßnahmen für den zweiten ernährungspolitischen Bericht auf den sozialen Medien?

Es sind keine Kosten für Werbemaßnahmen für den Ernährungspolitischen Bericht der Bundesregierung 2020 auf den sozialen Medien entstanden.

3. Aus welchen Haushaltstiteln stammten die in den Fragen 1 und 2 erfragten jeweiligen Ausgaben?

Der in der Antwort zu Frage 1 für den Ernährungspolitischen Bericht der Bundesregierung 2020 aufgeführte Betrag wurde aus dem Bundeshaushalt Kapitel 1011 Titel 543 01 (Fachinformation) bezahlt.

4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Ernährungsbezogene Bildungsarbeit in Kitas und Schulen“ der Universität Paderborn (vgl. <https://www.uni-paderborn.de/nachricht/90581/>), und welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln hieraus?

Wann wird das BMEL diese Ergebnisse der Universität Paderborn mit den Bundesländern diskutieren, und welches genaue Ziel wird die Bundesregierung hierbei anstreben (vgl. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/gesunde-ernaehrung-sichere-produkte-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 38, Ernährungsbildung für Kinder)?

Die vom BMEL beauftragte Studie „Ernährungsbezogene Bildungsarbeit in Kitas und Schulen“ der Universität Paderborn (www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/gesunde-ernaehrung/kita-und-schule/studie-ernaehrungsbildung.html) zeigt, dass alle Bundesländer die Themen Essen und Ernährung in ihren Lehr- und Bildungsplänen verankert haben. Die Fachkräfte in Kitas und Schulen werden auf diese Aufgabe jedoch zumeist unzureichend vorbereitet. Das BMEL möchte dies gemeinsam mit den Bundesländern verbessern und Ernährungsbildung verstärkt in Ausbildung, Studium und Fortbildungen integrieren. Ein Ansatz ist bereits die Förderung des Projektes „Stärkung des Themenfelds Ernährung in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung“ im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten (IN FORM).

Bezugnehmend auf die Ergebnisse der Studie hatte die Bundesministerin Julia Klöckner die wichtigsten Akteure zu einem Runden Tisch zum Thema „Ernährungsbildung in Schulen“ eingeladen, der am 26. März 2020 im BMEL stattfinden sollte. Der Termin musste vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie verschoben werden. Ein neuer Termin ist noch festzulegen. Dabei soll das von der Bundesministerin Julia Klöckner angekündigte Konzept zur Stärkung der Ernährungsbildung in Schulen vorgestellt werden. Darüber hinaus wird ein Informationsaustausch angestrebt, um gemeinsam über Möglichkeiten der Stärkung der Ernährungsbildung zu sprechen und Herausforderungen und Handlungsfelder herauszuarbeiten. Allen relevanten Akteuren soll eine Positionierung ermöglicht werden.

5. Welche neuen Erkenntnisse konnte die Bundesregierung aus dem Runden Tisch zum Thema „Ernährung und Demenz“ (vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/ernaehrung-und-demenz-ministerin-kloeckner-lae-sst-forschen-100.html>) erzielen, und wurden der Bundesregierung zu diesem Thema bereits konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt?

Wenn ja, welche (vgl. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/gesunde-ernaehrung-sichere-produkte-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 39, Ernährungsinitiative für Seniorinnen und Senioren)?

Die Erkenntnisse aus dem Runden Tisch „Ernährung und Demenz“, zu dem die Bundesministerin Julia Klöckner Wissenschaftler sowie Vertreter von Fachgesellschaften am 5. November 2019 geladen hatte, sind in die Nationale Demenzstrategie der Bundesregierung eingeflossen. Für die Prävention von Demenz spielt die Ernährung womöglich eine wichtige Rolle. Es existieren Hinweise, dass bestimmte Ernährungsformen das Risiko einer Demenzerkrankung verringern können. Um vertiefte Aussagen zum Zusammenspiel zwischen Ernährung und Demenz treffen zu können, plant die Bundesregierung, die vorläufige Evidenzlage durch weitere Studien zu stützen.

6. Mit welchen Parametern wurde nach Kenntnis der Bundesregierung gemessen, dass die Kampagne „Zu gut für die Tonne!“ zu den erfolgreichsten Kampagnen der Bundesregierung zählt (vgl. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/gesunde-ernaehrung-sichere-produkte-bericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6, S. 49, Zu gut für die Tonne!)?

Seit 2012 informiert und sensibilisiert „Zu gut für die Tonne!“ Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Ziel, dass Lebensmitteln mehr Wertschätzung entgegengebracht wird. Bereits nach einem halben Jahr Laufzeit kannte laut einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) jeder zweite Deutsche (51 Prozent) die Kampagne. Im November 2012 wurde „Zu gut für die Tonne!“ mit dem Politikaward als beste Kampagne öffentlicher Institutionen ausgezeichnet. Seitdem werden jährlich Verbraucherumfragen durch die GfK durchgeführt. Die Bekanntheit von Zu gut für die Tonne! beträgt auch 2019 knapp 45 Prozent.

„Zu gut für die Tonne!“ leistet seit 2012 kontinuierlich Aufklärungsarbeit, produziert und verteilt eine Vielzahl verschiedener Informationsmaterialien und entwickelte sich von einer reinen Kampagne zu einem wichtigen Baustein der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung.

Von August 2018 bis September 2019 erschienen insgesamt 7.357 themenbezogene Beiträge in Print- und Online-Medien sowie TV und Hörfunk. Dabei zeigte sich ein deutlicher Zuwachs der Gesamtreichweite von 206,8 Millionen (zweites Halbjahr 2018) auf 604 Millionen Menschen (erstes Halbjahr 2019).

7. Wie hoch waren die Ausgaben für den Ernährungsreport 2020 (vgl. <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsreport2020.html>)?
8. Wie hoch waren die Ausgaben für die Werbemaßnahmen für den Ernährungsreport 2020 auf den sozialen Medien?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Kosten für die Umfragen des Meinungsforschungsinstitut Forsa beliefen sich auf 46.886 Euro einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer. Die Agenturkosten betragen 39.421,13 Euro einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer. In den Agenturkosten sind sämtliche Kosten für die Aufbereitung der Grafiken auch für Social Media und die Webseite (4.605,30 Euro einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer) enthalten.

9. Aus welchen Haushaltstiteln stammten die in den Fragen 7 und 8 erfragten jeweiligen Ausgaben?

Der Ernährungsreport 2020 wurde aus dem Bundeshaushalt Kapitel 1012 Titel 542 01 (Öffentlichkeitsarbeit) finanziert.

10. Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis des Ernährungsreports 2020, dass 91 Prozent der Befragten Lebensmittel nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums auf Genießbarkeit überprüfen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln daraus (vgl. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschuere/n/ernaehrungsreport-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=16)?

Die Bundesregierung bewertet die Ergebnisse des Ernährungsreports 2020 in Bezug auf das Mindesthaltbarkeitsdatum grundsätzlich positiv. Die Tatsache, dass 91 Prozent der Befragten Lebensmittel nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums hinsichtlich ihrer Genießbarkeit prüfen, zeigt, dass das Mindesthaltbarkeitsdatum in seiner jetzigen Form von der überwiegenden Mehrheit der befragten Personen nicht als „Wegwerfdatum“ interpretiert wird. Die oben genannten Ergebnisse bestätigen die Bundesregierung in ihren bisherigen – und auch zukünftig geplanten – Aktivitäten, vor allem durch Aufklärung und Verbraucherinformation, wie z. B. im Rahmen der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung und „Zu gut für die Tonne!“ über den Umgang und das korrekte Verständnis der Datumsangaben zu informieren.

11. Kennt die Bundesregierung die Aussagen von Kritikern des Ernährungsreports, dass der Ernährungsreport lediglich eine PR-Aktion sei und wenig inhaltsreiche Ergebnisse erziele, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln daraus (vgl. <https://www.ernaehrungs-umschau.de/news/08-06-2020-wenig-inhaltsreiche-ergebnisse-des-ernaehrungsreports-2020/>, <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/oliver-huizinga-foodwatch-ev-ernaehrungsreport-ist-reine-pr-strategie-100.html>)?
12. Welche politischen Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für ihr eigenes Handeln aus dem Ernährungsreport 2020?

Die Fragen 11 und 12 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Um aktuelle Trends, Meinungen und Wünsche zu den Themen Ernährung und Lebensmittel zu erfassen, beauftragt das BMEL jedes Jahr eine Verbrauchenumfrage. Durchgeführt wird die repräsentative Befragung unter rund 1.000 Bundesbürgerinnen und -bürgern ab 14 Jahren durch das Meinungsforschungsinstitut Forsa. Die Ergebnisse dieser Umfrage werden im Ernährungsreport des BMEL zusammengefasst und veröffentlicht. Als Verbraucherbarometer gibt der Report Impulse für die Arbeit des BMEL.